

der 29. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 02.05.2022

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:20 Uhr

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
TOP 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
TOP 3	Einwohnerfragestunde	
TOP 4	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung	
TOP 5	Vorstellung Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH	
TOP 6	Antrag Fraktion DIE LINKE – Aufstellen von Fahrradbügeln	052(VII)2 020
TOP 7	Antrag Fraktion DIE LINKE – Aufbringung eines Pop-up-Radweg auf der Fahrbahn Langendorfer Straße	024(VII)2 021
TOP 8	Antrag Stadtrat Eric Stehr & Fraktion DIE LINKE – Ausweisung von legalen Graffitiflächen	040(VII)2 021
TOP 9	Antrag der Fraktionen CDU-FDP-BfG, WW/BfW/LG und SPD - Erhalt der alten Stadtmauer	005(VII)2 022
TOP 10	Antrag der Fraktion DIE LINKE – Abfallbehälter an Bushaltestellen	006(VII)2 022
TOP 11	Beantwortung von Anfragen	
TOP 12	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1	Informationen über Vergaben
TOP 2	Beantwortung von Anfragen
TOP 3	Mitteilungen und Anfragen
TOP 4	Schließung der Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Niederschrift der SEA- 29. öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 02.05.2022

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Klitzschmüller teilt mit, dass die Anträge der Fraktion DIE LINKE zurückgezogen werden. Damit entfallen:

TOP 6 – Aufstellen von Fahrradbügeln

TOP 7 – Aufbringung eines Popup-Radweg auf der Fahrbahn Langendorfer Straße

TOP 8 – Ausweisung von legalen Graffitiflächen

TOP 10 – Abfallbehälter an Bushaltestellen

Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen bestätigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift der Sitzung vom 07.03.2022 wird mit einer Enthaltung der Stadträte und 4 Stimmen der sachkundigen Einwohner bestätigt.

5. Vorstellung Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH

Herr Sieve stellt sich als Ansprechpartner der Firma Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH unter anderem für den Einzugsbereich der Stadt Weißenfels vor.

Er weist darauf hin, dass Glasfaser eine stabile Datenübertragung sowie die Möglichkeit zur Lieferung hoher Datenvolumen bietet.

Nach Abschluss eines Kooperationsvertrages, der Gebietsanalyse und beim Erreichen einer Nachfragequote von mindestens 40 % beginnt die Planungs- und Bauphase. Alle Vorhaben erfolgen in gemeinsamer Abstimmung und unter Einbeziehung aller Beteiligten.

Er beantwortet die Fragen zu den monatlichen Kosten und der Vertragsgestaltung:

Eine Freischaltung ist sofort möglich, für noch laufende Verträge bei anderen Anbietern werden die Kosten bis zu 12 Monaten übernommen.

Ein späterer Wechsel zu einem anderen Anbieter als der Deutschen Glasfaser GmbH kann unter Einhaltung der vertraglich vereinbarten Kündigungsfristen durchgeführt werden.

Die Portierung bestehender Telefonnummern ist möglich.

Es werden bewährte Bauverfahren angewendet, um Schädigungen der Grundstücke beim Verlegen der Kabel zu vermeiden.

Herr Günther bezieht sich auf § 7 des Kooperationsvertrages, in dem die Stadt als Straßen- und Wegebausträger kleinen Baumaßnahmen pauschal zustimmt. Er ist der Meinung, dass sich die Stadt diese Hoheitsaufgabe nicht nehmen lassen sollte.

Herr Risch verweist hier auf das in diesem § 7 festgelegte Widerspruchsrecht der Stadt gegen die vorher anzukündigenden Baumaßnahmen. Die Einbeziehung des Rechts- und Vergabebeamten in die Verfahrenswege ist vorgesehen.

Herr Wolter sieht eine wichtige Aufgabe der Stadt darin, die von der Glasfaser GmbH durchgeführten Straßenbaumaßnahmen einer Abnahmeprüfung zu unterziehen, um Verdichtungsprobleme zu erkennen, bevor der Straßenbelag aufgezogen wird. Dabei sind Messprotokolle und Druckproben zu prüfen.

Herr Sieve sichert hier die Bemühungen um die Wiederherstellung des vorherigen Verdichtungszustandes zu.

6. Antrag der Fraktionen CDU-FDP-BfG, WW/BfW/LG und SPD - Erhalt der alten Stadtmauer

Herr Klitzschmüller geht davon aus, dass es Bemühungen um die Sichtbarmachung und den Erhalt der Mauer geben wird, bittet aber darum, dass durch die notwendigen Maßnahmen der neu sanierte Vorplatz der Schlossgasse keinen Schaden nimmt.

Herr Risch bezieht sich auf den Beschlussvorschlag, die Mauer im Rahmen der geplanten Baumaßnahme Leipziger Straße/Hohe Straße in ihren historischen Zustand zu versetzen. Die angesprochene Baumaßnahme ist fördermittelfinanziert und bietet somit keinen Spielraum für diese zusätzliche Aufgabe.

Weiterhin gibt Herr Risch zu bedenken, dass im Zuge der Schloss-Sanierung auch über die Zuwegungen diskutiert werden müsste. In diesem Zusammenhang könnte die Mauer als Teil des Projektes „Weg zum Schloss“ eingebunden werden.

Herr Bumann führt dazu aus, dass der in Rede stehende sichtbare Teil der Mauer nicht einzeln zu betrachten ist, sondern zu einem größeren Verbund gehört.

Frau Rex bezieht sich auf die Baugrundvoruntersuchungen, welche die Grundlage für die Sanierung der Schlossmauer hinter dem Fürstenhaus waren. Dabei wurden Mauerteile entdeckt, die teilweise freigelegt und zum Teil auch verschüttet sind. Weiterführende Untersuchungen sollten dazu führen, die restlichen Mauerbereiche zu sanieren und eine Einfassung der Schlossterrasse zu gestalten.

Das Gelände rund um das Schloss muss im Zusammenhang betrachtet werden.

Frau Rex unterbreitet den Vorschlag, dass Versuche unternommen werden, Fördermittel für die restlichen Baugrundvoruntersuchungen und Planungsleistungen zu erhalten. Dabei ist mit ca. 8 bis 10 Mio. Euro zu rechnen.

Herr Risch stimmt zu, dass eine Alternative zum aktuellen Anblick ist, die Möglichkeit zur Freilegung der Mauer zu prüfen.

Herr Rauner sieht darin das Interesse der Stadt, auch Wege zum Erhalt der historischen Mauer zu finden.

Die Ausschussmitglieder einigen sich nach kurzer Diskussion über die Beschlussempfehlung.

Beschlussempfehlung

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels, die Stadtverwaltung zu beauftragen, innerhalb von drei Monaten die Möglichkeiten zur Sichtbarmachung der Mauer zu prüfen und im Stadtentwicklungsausschuss über den Sachstand zu berichten.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 11	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner:	dafür: 4	dagegen: 0	Enthaltung: 0

7. Beantwortung von Anfragen

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- AF 042/2022 – Teilnahme an Studie „Baustelle Innenstadt“ der IHK Sachsen-Anhalt
- AF 044/2022 – Pflege Ehrengräber (sh. auch AF 181/2020)

Herr Hofmeister bezieht sich auf die Beantwortung der Anfrage 042/2022 und die darin enthaltenen Hinweise auf die kostenpflichtige Teilnahme an der Studie „Vitale Innenstädte

2022“, welche im Jahr 2024 erneut durchgeführt wird. Es wird mitgeteilt, dass unter Berücksichtigung der Maßnahme in der Haushaltsplanung 2024 eine Teilnahme der Stadt Weißenfels möglich wäre.

Herr Hofmeister bittet darum, dass auch tatsächlich Haushaltsmittel eingeplant werden für die Teilnahme an der Studie.

Am Beispiel der Aufnahme der Stadt Dessau-Roßlau in das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ bittet Herr Hofmeister nochmals um Prüfung derartiger Programme hinsichtlich der Förderfähigkeit der Stadt Weißenfels.

Herr Hofmeister weist darauf hin, dass der Zustand des Kastanienweges in Höhe des Übergangs zum Wohngebiet dringender Pflege bedarf.

8. Mitteilungen und Anfragen

Informationen des Oberbürgermeisters:

- Frau Prof. Liebmann ist aus den USA angereist, um den Vertrag zur Verlängerung der Leihgabe des in ihrem Eigentum befindlichen Novalis-Verlobungsrings an die Stadt Weißenfels zu unterzeichnen.
- Die Bürgerinformation zum Start der Baustelle Leipziger Straße/Hohe Straße ist erfolgt.
- Seitens des Eigenbetriebes Sport- und Freizeitstätten besteht Interesse am Erwerb eines an die Stadthalle grenzenden Grundstücks. Der Sachverhalt wird geprüft.

Herr Klitzschmüller teilt mit, dass die Anträge seiner Fraktion zurückgezogen wurden, da diese zum Teil schon mehr als 6 Monate im Umlauf waren. Nun erfolgt eine Aufarbeitung der Themen und neue Anträge dazu werden dann mit präziser Formulierung erneut eingereicht.

Von Herrn Klitzschmüller wird der aktuelle Stand hinsichtlich der Garagenkomplexe auf städtischem Grund und Boden erfragt. Durch die Änderung der gesetzlichen Regelungen ist die Kündigung von Nutzungsverträgen möglich.

- Wie viele Garagen sind im Eigentum der Stadt?
- Wie verteilen diese sich im Stadtgebiet und den Ortschaften?
- Wie geht die Stadt mit dieser neuen Regelung um?

Nach Aussage von Herrn Klitzschmüller war der Kastanienweg als Fuß- und Radweg vorgesehen. Er möchte den aktuellen Stand der Umsetzung dieses Vorhabens wissen.

Herr Klitzschmüller erbittet Informationen zur geplanten Gemeinschaftsmaßnahme der Stadt und der AöR in der Käthe-Kollwitz-Straße, bei der auch die Straßenbeleuchtung im unteren Teil der Straße wieder eingerichtet werden sollte. Gibt es schon Termine zur Umsetzung? Welche Maßnahmen werden durchgeführt?

Herr Klitzschmüller berichtet über den Fund einer großen Menge offensichtlich privaten Hausmülls, welcher am Radweg zwischen Weißenfels und Burgwerben illegal entsorgt wurde. Dabei wurde ein behördliches Schreiben entdeckt, welches womöglich auf den Umweltsünder schließen lassen könnte.

Sein Anruf beim städtischen Ordnungsamt verlief für ihn nicht zufriedenstellend. Für derartige Meldungen hätte er vorher die Zuständigkeit der Stadt oder des Landkreises ergründen sollen. Erst wenn dies geklärt sei, könnte sich Herr Klitzschmüller an die tatsächlich zuständige Stelle wenden.

Nach seinem Verständnis sollten aufmerksame Bürger der für sie nächstliegenden Behörde Umweltfrevel mitteilen können. Dieses Engagement wird ausgebremst, wenn seitens der

Behörde vom Bürger erwartet wird, dass er die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Stadt und Landkreis kennt und seine Meldung dementsprechend selbst zuordnen soll.

Herr Klitzschmüller übergibt das gefundene behördliche Schreiben und ein Foto der Müllentsorgung mit der Bitte um Aufklärung des Sachverhaltes.

Herr Risch erläutert hierzu, dass es wegen der Kostenfrage zur Müllentsorgung wichtig ist, dass die Zuständigkeit geklärt wird. Allerdings sollte die Klärung nicht dem Bürger auferlegt werden, der den Umweltschaden melden möchte.

Aus diesem Grund ist die Einrichtung eines zentralen Meldeportals, in dessen Hintergrund die Meldungen zugeordnet werden, in die Überlegungen zur Optimierung der Vorgänge einzubeziehen.

Herr Hofmeister lobt die gelungene Gestaltung des Parkplatzes am Röntgenweg.

4. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Manfred Rauner
Vorsitzender

Heike Bechmann
Protokollführerin